

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Agrarausschuß

46. Sitzung

Wirtschaftsausschuß

50. Sitzung

Europaausschuß

33. Sitzung

am Donnerstag, dem 4. Februar 1999, 9:30 Uhr
im Sitzungszimmer 383 des Landtages

Anwesende Abgeordnete Agrarausschuß

Claus Hopp (CDU)

Vorsitzender

Günter Fleskes (SPD)

Helmut Plüschau (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Hans Siebke (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Anwesende Abgeordnete Wirtschaftsausschuß

Uwe Eichelberg (CDU)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Klaus Haller (CDU)

Silke Hars (CDU)

Brita Schmitz-Hübsch (CDU)

Anwesende Abgeordnete Europaausschuß

Ulrike Rodust (SPD)

Vorsitzende

Bernd Saxe (SPD)

Peter Lehnert (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Anwesende

siehe Anlage

Einziger Punkt der Tagesordnung:**Seite****Anhörung****a) Agenda 2000 - Agrarpolitische Vorschläge der EU-Kommission** 4

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksachen 14/1540

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1571

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1578

(überwiesen am 4. September 1998 an den **Agrarausschuß** und den Europaausschuß)

b) Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe 4

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1647

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRNEN
Drucksache 14/1652

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1710

(überwiesen am 8. Oktober 1998 an den **Europaausschuß** und den Wirtschaftsausschuß)

hierzu: Umdrucke 14/2631 bis 14/2633, 14/2656, 14/2670, 14/2709,
14/2781, 14/2809, 14/2890, 14/2968

Der Vorsitzende des Agrarausschusses, Abg. Claus Hopp, eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende als besonderen Gast namentlich Herrn Dietmar Wehking vom Hanse-Office. Er teilt ferner mit, daß zur mündlichen Anhörung lediglich derjenige Personenkreis geladen worden sei, zu dessen Stellungnahmen noch Nachfragen bestünden. Er bittet die Ausschußmitglieder, aus Zeitgründen möglichst nur vertiefende zusätzliche Fragen zu stellen.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Anhörung

a) Agenda 2000 - Agrarpolitische Vorschläge der EU-Kommission

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksachen 14/1540

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1571

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1578

b) Agenda 2000 - Legislativvorschläge der EU-Kommission zur Strukturhilfe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/1647

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1652

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/1710

hierzu: Umdrucke 14/2631 bis 14/2633, 14/2656, 14/2670, 14/2709,
14/2781, 14/2809, 14/2890, 14/2968

Institut für Agrarökonomie der CAU**Lehrstuhl für Angewandte Landwirtschaftliche Betriebslehre**

Professor Dr. Cay Langbehn

hierzu: Umdruck 14/2631

Prof. Dr. Cay Langbehn ergänzt seine Stellungnahme aus Umdruck 14/2631 um folgende Hinweise. Unter dem Aspekt des Kommissionsziels, einen subventionsfreien Export in der EU zu installieren, seien sowohl die deutsche als auch die EU-Landwirtschaft insgesamt weit davon entfernt, in den wichtigen Produktionsbereichen zu Weltmarktpreisen kostendeckend zu produzieren. Die als Folge dieser Erkenntnis angedachten Direktzahlungen halte er als Betriebswissenschaftler in der vorgesehenen Höhe für höchst problematisch. Denn die Preise hätten in einer funktionierenden Marktwirtschaft eine unverzichtbare Funktion, und wenn man Preise durch direkte Zahlungen ersetze, dann werde das Ziel der Kommission sicherlich nicht erreicht werden können, das die Entwicklung zu einer wettbewerbsstarken Landwirtschaft zum Inhalt habe. Gemeint damit sei die Entwicklung über geeignete natürliche Standorte, hin zu geeigneten Betriebsgrößen und hin zu geeigneten Unternehmern.

Nur diese drei Elemente allein ermöglichten nach seiner Ansicht eine kostengünstige Produktion zu Weltmarktpreisen.

Um diese zu erreichen, so fährt Prof. Dr. Langbehn fort, müsse von den Haupterwerbslandwirten eine erhebliche Investition in die Zukunft verlangt werden. Dies wiederum setze halbwegs verlässliche Rahmenbedingungen voraus, die bei der beabsichtigten Degression der Direktzahlungen aber nicht gegeben sein würden. Er als Betriebswissenschaftler sehe als Kernpunkt die Erkenntnis, daß in den wichtigen Produktionsbereichen - Milch, Getreide und Rindfleisch - die Europäische Union - abgesehen von ganz wenigen Standorten - heute bei Weltmarktpreisen nicht kostendeckend produzieren könne.

Bezüglich des Marktfruchtbaus könne er sich denken - wenn man die hausgemachten Wettbewerbsnachteile beseitige und die Agrarstrukturentwicklung fördere -, daß in nicht allzu ferner Zukunft - zumal wenn sich die Weltmarktpreise real positiv nach oben entwickelten, was manche Ernährungswissenschaftler voraussagten - die europäische Landwirtschaft hier mithalten könne. Bei der Milch hingegen sehe er eine solche Chance kaum und beim Rindfleisch halte er dies für völlig unmöglich. Insofern müsse, bevor man über Instrumente nachdenke, die Agrarpolitik ganz klar sagen, welche Ziele sie verfolgen wolle und welches Bild von der zukünftigen Landwirtschaft sie vor Augen habe, ob also die Landwirtschaft nach Umfang und Erschei-

nungsbild völlig variabel sein werde und sich nach den Weltmarktpreisen richten wolle, oder ob sie hier andere Vorstellungen habe. Er als Betriebswissenschaftler könne heute dazu nur sagen, was möglich sein werde und was nicht funktionieren werde.

Abg. Sabine Schröder fragt sich vor dem Hintergrund des Beitritts neuer osteuropäischer Länder zur EU, wie sich die schleswig-holsteinische Landwirtschaft mit ihrer relativ gesunden Betriebsgröße diesen neuen Bedingungen werde anpassen können und wie sie ihre Chance werde nutzen können unter dem integrierten Ansatz der Weiterentwicklung des ländlichen Raumes.

Prof. Dr. Cay Langbehn glaubt, die neu hinzukommenden Wettbewerber zunächst verkraften zu können, denn er sehe nicht, daß in absehbarer Zeit die Landwirtschaft in den neu hinzukommenden Ländern zu konkurrenzfähigen Kosten werde erzeugen können, vor allem deshalb, weil die Produktionskosten zur Zeit noch nicht so hoch seien, als daß sie die Nachteile des völlig unterentwickelten Unternehmertums und des völlig unterentwickelten Management, des fehlenden Kapitals und des fehlenden Know-hows in diesen Ländern aufwögen. Ein Problem sehe er allerdings darin, so wiederholt Prof. Dr. Langbehn, daß auf nationaler und Länderebene noch nicht die Bedingungen definiert seien, unter denen Landwirtschaft stattzufinden habe. Wenn es hier nicht zu einer Vergleichbarkeit komme, dann werde klar, daß man aus wirtschaftlicher Sicht Schwierigkeiten haben werde. Stichworte: ökologische Bedingungen, Anwendung des Verursacherprinzips, privates Verfügungsrecht über Grund und Boden, Schutz der Knicks und so weiter. Insofern müsse man eine Politik betreiben, die in bezug auf die angepeilten Ziele rational sein müsse, was unter Umständen auch bedeute, daß beispielsweise für die Knickpflege ein Ausgleich gefunden werden müsse.

Auf Überlegungen von Abg. Hermann Benker hinsichtlich der beabsichtigten Degression bei den Direktzahlungen eingehend bezeichnet Prof. Dr. Langbehn diese Zahlungen als eine „zur Zeit riesengroße Mogelpackung“. Denn entgegen der früher vorgegebenen Zweckbestimmung handele es sich heute um unverzichtbare Anteile zur Deckung der Produktionskosten. Diese Zahlungen seien nach seiner Auffassung zumindest in dem Maße zu kürzen, wie die Produktivität steige und wie sich die Weltmarktpreise entwickelten. Dieser Vorgang müsse von der Politik aktiv begleitet werden, und zwar zum einen durch eine gezielte Agrarstrukturentwicklung und zum anderen durch die Beseitigung der hausgemachten Probleme, wie er sie bei der Knickerhaltung bereits angesprochen habe.

Wenn man zum Beispiel pro Knick für Parzellierungsmehrkosten, Ertragsminderung sowie Knickpflege 3 DM pro Meter bezahle, dann sei diese Sache „Greenbox fähig“, und dies werde

bei der WTO auch anerkannt. Im übrigen müßte aber alles verhindert werden, was die Produktivität vermindere. Er selbst sei Optimist. Denn wenn man sich die Entwicklung der Vergangenheit ansehe, könne man erkennen, daß die ökonomische Effizienz der Bewirtschaftung durchaus nicht im Gegensatz zur ökologischen Effizienz stehen müsse. Dieser Lehrsatz könne durch viele Studien bewiesen werden, und für die Politik gelte es nun, das der Öffentlichkeit nüchtern und klar darzustellen. Wenn man also, wie gesagt, diese besonderen externen Effekte bezahle, wozu die Gesellschaft durchaus in der Lage sein würde, dann stehe nach seiner Meinung einer gesunden Steigerung der Produktivität nichts im Wege.

Zu der Frage des Abg. Detlef Matthiessen, welche Produktionsfaktoren die Anpassung an die Weltmarktpreise hinderten, nennt Prof. Dr. Langbehn die hohen Arbeitskosten, die hohen Gebäudekosten und die hohen Maschinenkosten, die aber, wie er hinzufügt, aufgrund der „Klassiker für die Vorteile des Welthandels nicht auszuräumen seien“. Es gelte allerdings, die von ihm so bezeichneten „hausgemachten Schwierigkeiten“ anzugehen. Das bedeute, die Landwirtschaft müsse von allen Kosten entlastet werden, die nicht produktionsbedingt seien. Es müßten alle Regulierungen möglichst konsequent dezimiert werden; das bedeute, es sollte etwas mehr Vertrauen in das Handeln des Landwirtes gesetzt werden. Ansonsten gelte es, mit dem überaus günstigen Standort Schleswig-Holsteins und dem großen Know-how zu wuchern. Im übrigen lege er der Politik ein weiteres Mal dringend ans Herz, das Image der landwirtschaftlichen Produktion zu verbessern.

Die weitere Diskussion dreht sich um Fragen der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Claus Ehlers und Peter Jensen-Nissen sowie des Abgeordneten Uwe Eichelberg zur Sozialpflichtigkeit von Eigentum, zur Sicherung des Außenschutzes und zum Verhältnis Agenda 21 zur Agenda 2000 sowie zu den Vor- und Nachteilen gemeinsamer Agrarpolitik. Prof. Dr. Langbehn warnt eindringlich davor, sich vor einer gemeinsamen Agrarpolitik zu verabschieden.

Institut für Weltwirtschaft

Herr Dr. Hugo Dicke

hierzu: Umdruck 14/2709

Herr Dr. Hugo Dicke von der Forschungsgruppe Europäische Integration greift zu Beginn seines Vortrages eine Aussage von Abg. Peter Jensen-Nissen zur Steigerung der Agrarausgaben im Gefolge des Beitritts der osteuropäischen Länder und die Entwicklung der Agrarleitlinie auf. Er habe immer dafür plädiert, diese Agrarleitlinie beizubehalten unter dem Aspekt, daß es eine große Unsicherheit über die Ausgabenentwicklung nach dem Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Länder geben werde. Es sei nämlich sehr schwierig zu beurteilen, wie sich die Landwirtschaft in den MOEL unter den Agrarmarktbedingungen entwickeln werde.

Bereits im Jahre 1992 seien auf einer internationalen Diskussion in Warschau diese Probleme zur Sprache gekommen. Im übrigen wolle er an seinen Beitrag für die EU-Kommission über die Entwicklung der Arbeitsmärkte in Osteuropa erinnern. Hierin sei die Notwendigkeit aufgezeigt, die Agrarreform dort so zu gestalten, daß die Arbeitsmarktprobleme überschaubar blieben. In diesem Beitrag sei er zu dem Befund gekommen, daß es eine Zeit lang zu einer Reagrarisierung in den MOEL kommen werde, weil die Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten im nicht agrarischen Sektor aufgrund des gigantischen Kapitalmangels sehr schlecht seien. Das bedeute einen steigenden Anteil der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Dies habe mit den besonderen historischen Bedingungen zu tun, dem fehlenden unternehmerischen Know-how sowie dem desolaten Zustand der verarbeitenden Industrie und des Dienstleistungssektors im Zusammenhang mit der Notwendigkeit des Überlebenmüssens der Menschen in den MOEL. Daß in solchen Fällen die Substitutionswirtschaft zunehme, um auch kleineren Betrieben eine Chance des Überlebens zu gewährleisten, sei klar. Zu fragen sei allerdings, wie sich diese Substitution im europäischen Wettbewerb darstelle. Für Polen sei er sich in seiner Aussage unsicher. Aber auch bei Polen gehe er im Laufe der Zeit ähnlich wie bei Tschechien oder Ungarn von komparativen Vorteilen aus. Er vermute, daß es zu einer Entwicklung der Agrarausgaben kommen werde, die über das hinausgingen, was die Kommission jetzt vorgegeben habe. Zu bedenken sei bei der Einführung dieser Agrarpolitik in den MOEL, daß das Preisniveau für die privaten Haushalte stark steigen werde und es dann zu einem internen Konkurrenzneid zu den Landwirten kommen könne, denen es dann vergleichsweise besser gehen werde als der übrigen Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund meine er, Dr. Dicke, durchaus pessimistisch sein zu müssen, was die Entwicklung der Agrarausgaben angehe. Diese Entwicklung werde nach seiner Auffassung heute noch unterschätzt.

Herr Dr. Dicke schließt seine Überlegungen mit folgendem Hinweis. In der EU gebe es einen gemeinsamen Besitzstand, der nach Osteuropa ausgedehnt werden solle. Das heißt, die ganzen degressiven Zahlungen beziehungsweise diese produktionsneutralen Greenbox-Zahlungen müßten auch den osteuropäischen Ländern zugute kommen. Deshalb sei für diese Zahlungen heute mehr denn je eine Lösung unter dem Aspekt der Integration Osteuropas zu fordern. Sein Vorschlag sei schon immer gewesen, die Vergangenheit abzulösen durch Kapitalisierung aller früher gegebenen Versprechen; Stichwort: „Staatsanleihen“ als Abfindung. Auch das könnte Teil der europäischen Agrarpolitik werden.

Abg. Sabine Schröder geht von einer nicht mehr möglichen Steigerung der Agrarausgaben aus und erfragt Lösungsvorschläge zur Integration unter weltwirtschaftlichen Aspekten.

Mit Hinweis auf den weltweit zu beobachtenden Strukturwandel hin zu immer mehr Dienstleistung glaubt Dr. Dicke - aufgehängt am Finanzierungssystem der EU -, daß man um einen Kostenausgleich zwischen den einzelnen Sektoren nicht herumkommen werde. Dabei tritt er für eine vernünftige Arbeitsteilung zwischen Brüssel und Deutschland ein.

Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag

Städteverband Schleswig-Holstein

Stellvertretender Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetags Wolfgang Ottens

hierzu: Umdrucke 14/2648, 14/2667 und 14/2719

Herr Wolfgang Ottens gibt Eingangs seines Statements bekannt, daß er auch den Schleswig-Holsteinischen Städteverband vertrete. Er betont, daß er sich nicht als Experte im Sinne der Einladung betrachte. Der Tätigkeitsbereich innerhalb des Gemeindetages sei zu vielschichtig, als daß sich ein einzelner mit dieser Problematik vertiefend befassen könnte. Im übrigen wolle er sich auf die Problematik der Reform der Strukturfonds beschränken und die Probleme ausperren, die mit der Agrarfinanzierung zu tun hätten.

Folgendes grundsätzliches Dilemma gelte es im Auge zu behalten. Einerseits sei es beschlossene Sache, daß sich die EU in den ost- und mitteleuropäischen Raum erweitern solle. Andererseits solle das Fördervolumen unverändert bleiben. Dies führe zwangsläufig zu Verschiebungen beziehungsweise stelle Besitzstände in Frage in dem Moment, wo die Zahl der Förderprogramme bekanntermaßen reduziert werden solle, und zwar die sieben Regionalprogramme auf drei sowie die 14 Gemeinschaftsinitiativen ebenfalls auf drei.

Beschränken wolle er sich in seinen Ausführungen im wesentlichen auf die Ziele 1 und 2. Dem Ziel-1-Gebiet würden in Zukunft die ärmsten Regionen in Europa angehören. Entscheidendes Abgrenzungskriterium sei insoweit die Festlegung, daß das Bruttoinlandsprodukt unter 75 % des EU-Durchschnitts liege. Das führe zwangsläufig dazu, daß eine Verschiebung in Richtung des MOEL-Raumes stattfinden werde und daß bei jedem weiteren Beitritt eines weiteren Landes sich eine weitere Verschiebung ergeben werde. Konsequenz wäre es angesichts dieser Tatsache, so meint Herr Ottens, die bisherige Haltung, die Mittel nicht zu erhöhen, zu überdenken, sei es auf der Ebene der EU oder aber auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten. Leider sei das Gegenteil beabsichtigt.

Von besonderer Bedeutung für Schleswig-Holsteins sei das sogenannte neue Ziel 2. Dieses habe die wirtschaftliche und soziale Umstellung der Gebiete mit Strukturproblemen der bisher unterschiedlich geförderten vier Gebietstypen zum Inhalt. Es solle im Ziel 2 zusammenfallen die Förderung von Industriegebieten, von ländlichen Gebieten, von städtischen Gebieten und von der Fischerei abhängigen Gebieten. Das bedeute, daß künftig Gebiete miteinander in un-

mittelbare Konkurrenz träten, die völlig unterschiedliche Strukturen aufwiesen und deren Probleme und Ausgangsvoraussetzungen schlechterdings nicht miteinander zu vergleichen seien. Insbesondere sei aus der Sicht des Gemeindetages die Konkurrenz von ländlich strukturierten Gebieten und Ballungsgebieten abzulehnen. Deshalb fordere der Gemeindetag die Beibehaltung eines eigenständigen Entwicklungszieles, wie es bisher in der Kategorie Ziel 5b niedergelegt sei.

Darüber hinaus sei beabsichtigt, den sogenannten Bevölkerungsplafonds abzusenken und ein sogenanntes Sicherheitsnetz einzuführen. Für diese neue Abgrenzung gebe die EU zunächst zwei harte Kriterien vor, nämlich zum einen die Bevölkerungsdichte von weniger als 100 Einwohnern je km² und zum anderen eine durchschnittliche Arbeitslosenquote während der letzten drei Jahre, die über dem Gemeinschaftsdurchschnitt liege oder ein Bevölkerungsrückgang seit 1985. Diese Kriterien, so meint Herr Ottens, seien nicht geeignet, insbesondere die ländlichen Gebiete mit wirtschaftlicher und sozialer Umstellung als Folge von Strukturproblemen angemessen zu beschreiben. Die sogenannten harten Kriterien würden nach Information des Gemeindetags überhaupt nur auf zwei Kreise in der gesamten Bundesrepublik zutreffen, nämlich nur auf den Landkreis Giffhorn und den Landkreis Nordfriesland. Das wiederum bedeute, daß dem Land Schleswig-Holstein nicht mehr hinnehmbare Verluste entstünden.

Ein besonderes Problem sehe der Gemeindetag darin, daß diese sogenannten harten Kriterien durch nationale Programme beziehungsweise nationale Vorgaben ergänzt werden sollen, und zwar zur Hälfte der förderungsfähigen Bevölkerung. Nach Auffassung des Gemeindetags könnte aus diesem grundsätzlichen Dilemma überhaupt nur eine nationale eigenständige Förderung herausführen. Hier jedoch bereite die EU zum einen mit der Beihilfekontrolle und zum anderen mit dem grundsätzlichen Verbot der Beihilfe aus wettbewerbsrechtlichen Gründen massive Probleme.

Die EU verfolge im Rahmen der Agenda 2000 das Ziel, eine weitgehende Deckungsgleichheit von europäischen und nationalen Förderprogrammen herbeizuführen. So enthielten die von der Kommission vorgelegten Leitlinien für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung Vorgaben ab dem 1.1.2000, die mit den Vorstellungen der EU-Kommission zur Auswahl von Fördergebieten und der Festlegung der anwendbaren Fördersätze mit nationalen Vorgaben im wesentlichen im Einklang stehen mußten. Diese Anknüpfung der nationalen Förderprogramme an die Fördergebietskulisse der Zielgebiete der EU halte der Gemeindetag für außerordentlich gefährlich. Denn die EU wolle in Zukunft nur noch dort fördern, wo auch nationale Hilfen gewährt würden. Dieser von der EU verfolgte Ansatz würde nach Auffassung des Gemeindetags zur

Aufgabe jeder nationalen Förderpolitik führen. Sie sei deshalb abzulehnen. Man sehe hierin im übrigen auch einen schweren Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip der EU.

Zusammengefaßt lasse sich folgende Feststellung treffen: Über die Erweiterung der EU seien sich alle maßgeblichen politischen Kräfte einig. Der Weg, wie diese Osterweiterung finanzierbar gemacht werden könne, sei allerdings bisher nicht befriedigend geklärt. Die von der EU-Kommission vorgelegten Konzepte seien nach Auffassung des Gemeindetages nicht ausgewogen und in sich unschlüssig. Der Gemeindetag fordere deshalb erstens die Beibehaltung eines eigenständigen Förderziels nach dem bisherigen 5b-Zielgebiet, zweitens den Fortbestand einer eigenständigen nationalen Struktur- und Förderpolitik in Unabhängigkeit von den EU-Fördergebieten sowie drittens eine stärkere Beteiligung der kommunalen Ebene in den Begleitausschüssen auf der Ebene der EU, in der die Fördergebiete und die Förderkriterien festgelegt werden.

In der sich anschließenden Diskussion befürchtet Abg. Claus Ehlers Nachteile für die Entwicklungschancen des ländlichen Raumes, die bei einem Aufgehen des Ziel-5b-Gebietes in einem Ziel-2-Gebiet entstehen könnten. Stellvertretender Geschäftsführer Ottens bestätigt die vermuteten Probleme. Nach seiner Einschätzung bergen die neuen harten Kriterien der EU folgende Gefahren. Der ländliche Raum an sich sei geprägt davon, daß das Einkommensniveau einerseits niedriger sei als in den städtischen Verdichtungsräumen und daß andererseits aber die Arbeitslosenquote niedriger sei als in den Ballungsgebieten. Von daher fürchte er, daß erhebliche Flächen Schleswig-Holsteins nicht mehr Gegenstand von Fördermaßnahmen sein können. Man müsse deutlich sehen, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit heute eine besondere Priorität besitze, und dies sei ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt, der zu erheblichen Konkurrenzkämpfen mit den städtischen Verdichtungsgebieten führen werde.

Die Überlegungen der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan, daß die eigenständige nationale Förderpolitik neben der EU-Politik nicht funktionieren werde, unterstreicht der stellvertretende Geschäftsführer Dr. Ottens dahin, daß die Versuchung, angesichts leerer Kassen in die Fördergebietskulisse nur Gebiete aufzunehmen, die quasi deckungsgleich mit den Fördergebieten der EU seien, sicherlich sehr groß sei. Aber er wünsche und hoffe, daß die Politik dazu in der Lage sein werde - dies müsse man auch durch die EU ermöglichen -, Fördergebiete auszuweisen, die eben nicht deckungsgleich seien. Diese Hoffnung bitte er unter dem Aspekt zu sehen, daß bei Anwendung der harten EU-Kriterien in Schleswig-Holstein lediglich Nordfriesland in den Genuß von Fördermitteln kommen würde.

Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein

Stellvertretender Direktor Professor Dr. Halvor Jochimsen

hierzu: Umdruck 14/2890

Bauernverband Schleswig-Holstein e.V.

Vizepräsident Georg Huesmann

Geschäftsführer Peter Paulsen

hierzu: Umdruck 14/2890

Landfrauenverband Schleswig-Holstein e.V.

Präsidentin Erika Lenz

hierzu: Umdruck 14/2781

Vizepräsident Georg Huesmann vom Bauernverband unterstreicht mit Hinweis auf die schriftliche Stellungnahme in Umdruck 14/2890 die Ablehnung vieler Punkte der Agenda 2000, weil, wie er es formuliert, mit den Neuregelungen große Gefahren für die schleswig-holsteinische Landwirtschaft verbunden seien. Die vorgesehenen Preissenkungen, von denen in der Hauptsache schleswig-holsteinische Landwirte betroffen würden, könne man nicht hinnehmen. Die Landwirte forderten mehr Markt, während durch die Preissenkungen und die Erhöhung der Ausgleichszahlungen genau das Gegenteil eintrete. Man entferne sich vom Markt und werde abhängig von den Direktzahlungen. So solle beispielsweise der Getreidepreis um 20 % gesenkt werden, was bei einem Ertrag von 80 Doppelzentner pro Hektar rund 400 DM Verlust ausmachen würde, während sich die Ausgleichszahlungen von 721 DM nur auf 880 DM erhöhten. Ähnliches gelte für das Rindfleisch.

Selbstverständlich, so fährt Vizepräsident Georg Huesmann fort, sehe auch der Bauernverband die Dringlichkeit einer Reform in der Agrarpolitik, aber man wisse ebenso um die Probleme, wenn die Ausgleichszahlungen an Umweltauflagen gebunden würden. Denn normalerweise beruhten die Ausgleichszahlungen auf der Grundlage der Preissenkung von 1992, und wenn man nun die Umweltüberlegungen mit einbinden wollte, müßte hierfür eine gesonderte Abgeltung erfolgen.

Prof. Dr. Halvor Jochimsen fügt für die Landwirtschaftskammer an, daß sich die Kammer in der Vergangenheit intensiv mit der Frage auseinandergesetzt habe, wie die einzelbetrieblichen Wirkungen der bisher vorliegenden Vorschläge im Bereich der Marktpolitik und der ergänzen-

den Stützungsregelungen aussehen könnten. Dies sei in der schriftlichen Stellungnahme ausführlich behandelt worden.

Präsidentin Erika Lenz bezeichnet die Stellungnahme des Landfrauenverbandes als ein Ergebnis der intensiven Befassung mit der Agenda 2000. Dabei habe sich der Landfrauenverband in erster Linie für das eigenständige Förderziel „Entwicklung des ländlichen Raumes“ ausgesprochen. Bei einer Überführung des Zieles 5b in ein neues Ziel 2 werde der ländliche Raum in Konkurrenz zu den altindustriellen Produktionsgebieten treten müssen und dabei kaum eine Chance haben. Außerdem hätten sich die Landfrauen immer für Einkommenskombinationen und neue Einkommensquellen eingesetzt, wobei der Verband Hilfe leiste. Aber für diese Hilfeleistungen bedürfe es auch einer funktionierenden Infrastruktur. Dies werde in der schriftlichen Stellungnahme ihres Verbandes ausführlich dargelegt und sie bitte dringend darum, hier an entsprechenden Lösungen mitzuarbeiten.

In der sich anschließenden Diskussion werden Fragen um die Chancen einer Direktvermarktung agrarischer Produkte und die Vergütung zusätzlicher Umweltleistungen durch die Landwirte, die Substitutverfütterung und die Milchquote sowie die Grünlandprämie im Verhältnis zur Tierprämie erörtert, und es werden die Aktionsmöglichkeiten der Bundesländer in bezug auf eine Änderung der Agenda 2000 ventiliert. Die Angehörten drängen auf ein stärkeres Aktivwerden der Politik in dem Sinne, daß die angesprochenen Probleme für die Landwirte bewältigbar zu machen seien.

Vizepräsident Huesmann bezeichnet die Getreideverfütterung als unbefriedigende Lösung für die Marktgestaltung im Ackerbau. Zur regionalen Vermarktung der landwirtschaftlichen Produktion sei zu fordern, wenn sie funktionieren solle, europaweit gleiche Qualitätsstandards einzuführen.

Prof. Dr. Jochimsen sieht ebenfalls wenig Chancen für die Streichung der Substitutfütterung, deren Effekte er im Grunde nicht leugnen wolle. Er sieht als Hauptproblem bei den Vermarktungsstrukturen die Tatsache, daß die EU im Verhältnis zum Eigenverbrauch zu viel produziere und versuche, die Überschüsse als Exporte in Übereinstimmung mit der WTO auf den Weltmarkt zu bringen. Das sei der Kernkonflikt der zukünftigen Entwicklung. Es sei denn, man dächte darüber nach, eine Alternativpolitik zu fahren, indem man die Exporte in Europa „abwürge“ und die Agrarproduktion in Europa und Deutschland deutlich bis zu 30 % zurückführte.

Was die Abgeltung zusätzlicher Umweltleistungen angehe, so sei dies nach der Agenda 2000 durchaus möglich, wenn die Agrarumweltmaßnahmen gegen Entgelt durchgeführt werden könnten. Dieses System des Anreizes und der vertraglichen Regelung sei für die Landwirte zu akzeptieren, wie die Vergangenheit zeige.

Geschäftsführer Peter Paulsen sieht Probleme bei der Verknüpfung der Umweltauflagen mit der Agrarpolitik darin, wie die gute fachliche Praxis letzten Endes definiert werde. Es müsse auf alle Fälle jede Wettbewerbsverzerrung ausgeschaltet werden.

Bei der Diskussion über die Quotenregelung tritt Prof. Dr. Jochimsen für einen im Detail geplanten Ausstieg aus der Quotenregelung ein. Dadurch erhoffe er sich einen dämpfenden Effekt auf die Quotenpreise. Alle anderen Lösungen wie Pools oder ähnliches halte er aus persönlichen Erfahrungen für äußerst problematisch.

Geschäftsführer Paulsen drängt ebenfalls auf Beschlüsse, spätestens im Jahre 2006 aus der Quotenregelung auszusteigen. Das vom Bauernverband vorgeschlagene Bewirtschafterbörsenmodell sollte deshalb auch nur bis zu diesem Zeitpunkt gelten. In dieser Auffassung sei man nicht weit von der Auffassung der neuen Bundesregierung entfernt. Aber weil es einen Strukturwandel auch nach dem 1.4.2000 geben werde, müsse man bedenken, daß bei knappen Lieferrechten „unter dem Tisch“ gezahlt werde. Deshalb sei es besser und für den einzelnen billiger, in dem noch verbleibenden Zeitraum an die Börse zu gehen.

BUND - Landesverband Schleswig-Holstein e.V.

Dr. Hans-Georg Starck, Fachreferent Landwirtschaft und Gewässerschutz

hierzu: Umdruck 14/2670

NABU Schleswig-Holstein, Naturschutzbund Deutschland

Dr. Georg Nehls

hierzu: Umdruck 14/2647

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Herr Bernd Voß

hierzu: Umdruck 14/2656

Herr Dr. Hans-Georg Starck bedauert eingangs seines Statements, daß die Anhörung im Grunde auf die Beschlüsse zur Agenda 2000 keinen unmittelbaren Einfluß haben könne. Dennoch halte er eine Beschäftigung mit der Materie für außerordentlich wichtig. Mit der Agrarreform 1992 habe wie mit der Weltmarktorientierung ein Paradigmawechsel dahin stattgefunden, daß der Weltmarkt das erklärte Ziel der Agrarpolitik sei. Um dieses Ziel zu erreichen, nämlich zu Weltmarktpreisen zu produzieren, sei einerseits eine weitere Produktivitätssteigerung unumgänglich. Andererseits seien als Folge der Produktivitätssteigerung aus der Sicht des Landesnaturschutzverbandes sowie des BUNDES erhebliche ökologische und soziale Schäden zu befürchten.

Die Agrarproduktion zumindest zu Weltmarktpreisen sei in überschaubarer Zukunft nicht umwelt- und sozialgerecht möglich. Er, Dr. Starck, wolle hier als Beispiel nur die Legefabriken von Herrn Pohlmann nennen. Das heutige System der Agrarpolitik sei pervertiert. So sei die Milch billiger als Mineralwasser und das Nackensteak billiger als Katzenfutter, die Tonne Weizen billiger als die Tonne Plastikschratt.

Auch die Agrarpolitik, wie sie nun mit der Agenda 2000 angestrebt werde, so fährt Herr Dr. Starck fort, sei in seinen Augen weder ökologisch noch sozial verträglich, und angesichts der auf Europa zukommenden Kosten durch die Osterweiterung auch nicht nachhaltig ökonomisch. Zwar werde in der Agenda 2000 eine stärkere Berücksichtigung der Umweltbelange angelegt, dennoch müsse man an der Wirksamkeit der vorgesehenen Maßnahmen zweifeln. So halte er es für einen sehr schlaun Schachzug der EU-Kommission, einen Großteil der Umweltmaßnahmen den Ländern zu überlassen. Denn die Regionalisierung und Finanzierung und

auch die Ausführungsbestimmungen führten erstens dazu, daß angesichts der knappen Kassen es kaum zu wirklich greifenden Programmen kommen werde. Das beste Beispiel sei Schleswig-Holstein, wo man mit 1,3 % an mit dem Agrarumweltprogramm versehenen Landesflächen an letzter Stelle stehe. Der Bundesdurchschnitt betrage immerhin 30 %. Bayern habe fast 86 % seiner Flächen unter das Agrarumweltprogramm gestellt.

Zweitens könne es zu einer Wettbewerbsverzerrung kommen, die eine wirkliche Chance zur Beseitigung der Defizite der falsch ausgerichteten Agrarpolitik kaum eröffne.

Solange drittens Umweltmaßnahmen wie die Grünlandprämie in Konkurrenz trete mit der Tierprämie oder mit der Silomaisprämie, könne das Umweltsystem auch nicht funktionieren.

Deshalb müsse man vor dem Hintergrund des weiterbestehenden Ziels der Produktivitätssteigerung und damit der Wettbewerbsfähigkeit festhalten, daß alle angedachten Agrarumweltprogramme Stückwerk blieben und keine durchgreifenden positiven ökologischen Veränderungen mit sich bringen werden. Für den BUND sei deshalb eine flächenhafte Ökologisierung der landwirtschaftlichen Produktion speziell in den Gebieten, in denen die ökologischen Probleme kumulierten - das seien in erster Linie die agrarischen Vorranggebiete - zu forcieren. Denn der BUND sehe bis heute nicht, daß die von der Kommission vorgelegten Entwürfe zur Agenda 2000 hierzu entscheidende und richtungsweisende Ansätze böten.

Herr Dr. Georg Nehls gibt der Überzeugung des NABU Ausdruck, daß ein Zusammengehen von Agrar- und Umweltpolitik heute im wesentlichen in der Agrarpolitik festgelegt werden müsse, weil die Agrarpolitik die besseren Instrumente dafür habe. Wesentliche Zielsetzung müsse sein, die Agrarpolitik umweltkompatibel zu machen. Insofern sei man mit der generellen Zielsetzung der Agenda 2000, die Stützungszahlungen künftig von Preisen und Produkten zu entkoppeln und statt dessen die Förderung umweltverträglicher Bewirtschaftungsmaßnahmen zu forcieren, durchaus in Übereinstimmung. Man sei sich allerdings auch mit dem BUND einig, daß die in den Verordnungsentwürfen enthaltenen Umsetzungsvorschläge nicht ausreichen.

Der NABU setze dabei stärker als der BUND auf die Grünlandprämie, wobei es dem NABU auf eine Gleichstellung von Grünlandflächen und Ackerbauflächen ankomme. Der NABU hoffe, daß langfristig sämtliche Stützungszahlungen, Maisprämien und Quoten abgeschafft würden und letzten Endes durch eine produktungebundene Flächenprämie ersetzt werden. Eine solche Prämie erwarte man als Ausfluß der in der Agenda 2000 vorgesehenen Agrarumweltmaßnahmen.

Herr Bernd Voß erläutert die schriftlich eingereichte Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Umdruck 14/2656 und unterlegt die Einzelforderungen dieser Stellungnahme mit Beispielen aus dem Land Schleswig-Holstein sowie auf Bundesebene. Scharf kritisiert Herr Voß dabei die Folgen der Maisanbauprämie und tritt für eine Tierprämie gekoppelt an eine Steuerung hin zu einer bodengebundenen Tierhaltung und einer umweltfreundlichen Weidewirtschaft ein.

Das vom Bauernverband favorisierte Bewirtschafterbörsenmodell im Bereich der Milchquote sieht er angesichts der Lobbysituation als ein anzweifelbares Modell an, weil zwar die Abschaffung der Quote im Jahre 2006 angestrebt werde, trotzdem aber in den Jahren zuvor für die Quote noch mehr Geld als bisher ausgegeben werden solle. Das bedeute nach seiner Auffassung einen gigantischen Kapitalabfluß von den Futterbau- und Grünlandbetrieben, bei denen die Kapitalbildung in den letzten Jahren aufgrund der hohen Pacht- und Quotenzahlungen nicht nur Positives gebracht habe.

Er gebe dem Bauernverband deshalb in dessen Forderungen recht, ein festes unwiderrufliches Schlußdatum für die Quotenregelung festzulegen, um den spekulativen Charakter der Quoten zu beseitigen.

Zu den Überlegungen von Abg. Claus Ehlers, die dieser in der anschließenden Diskussion vorträgt, ob die vom BUND favorisierte flächendeckende ökologische Landwirtschaft den sozialen Belangen gerecht werden könnte, verweist Herr Dr. Hans-Georg Starck darauf, daß er nur von der „flächenhaften Ökologisierung der Landwirtschaft“ gesprochen habe. Er selbst komme aus der Ökoecke und sei gelernter Landwirt. Deshalb wisse er, daß man keinen Landwirt zwingen könne, Ökolandbau zu betreiben. Es sei die Entscheidung jedes einzelnen Betriebsleiters, wie er sein Einkommen erwirtschaften wolle, und wenn man heute einen Milchbauern in der Geest dazu zwingen wollte, seine Milch ökologisch zu produzieren, wäre man ein schlechter Berater. Dem BUND gehe es darum, entsprechende Anreize zu geben, ökologisch zu wirtschaften, und das könnte auch eine stärkere Konzentration auf die Vermarktungschancen bedeuten.

Zur Frage der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan nach naturwissenschaftlichen Kriterien für eine ökologische Bewirtschaftung in der Landwirtschaft verweist Herr Dr. Nehls zunächst auf folgende zwei Aspekte. Das eine sei die Frage, wie man die vorhandene Landwirtschaft bewerte. Hier spiele der Stickstoffeinsatz sicherlich eine genauso große Rolle wie der generelle

Düngemiteleinsatz, die Viehdichte, das Vorhandensein von ungenutzten Strukturen und vieles mehr. An diesen Kriterien könne auch der Nichtwissenschaftler die Landwirtschaft bewerten.

Die andere Frage sei die nach dem Ziel, das man mit einer solchen Bewertung im Sinn habe, das heißt was man von der Landwirtschaft wolle. Sage man zum Beispiel, man wolle einen Stickstoffüberschuß von maximal x Kilo pro Hektar nach dem Stand der guten fachlichen Praxis, oder wolle man generell bei 1,4 gv pro Hektar die Umweltverträglichkeit festsetzen. Solche Fragen seien nur sehr schwer zu beantworten, weil es sich um normative Vorgaben handle. In dem Moment, in dem man eine Grenze ziehen wolle oder auch müsse, müsse die Frage gestellt werden, ab wann solche Auflagen für die Landwirtschaft ausgleichspflichtig sein müßten und was von der Landwirtschaft hingenommen werden müsse.

Der wesentliche Ansatz sollte sein, so fährt Herr Dr. Nehls fort, daß man der Landwirtschaft die Möglichkeit gebe, sich möglichst unabhängig von den Zwängen, die die Agrarpolitik setze, zu entfalten. Das bedeute, daß es tatsächlich zu einer standortgerechten Landwirtschaft kommen müsse. Dadurch, daß es zum Beispiel eine Maisprämie gebe, aber für das Grünland oder die Rüben keine Prämien vorgesehen seien, seien diejenigen, die letzteres anbauten, benachteiligt. Das heißt, ein Landwirt werde dort, wo es aus Standortgründen vielleicht besser angebracht wäre, Grünland zu haben, lieber Mais anbauen, weil er dadurch Vorteile habe.

Der BUND glaube, daß man generell einen großen Schritt weiter käme, wenn die Politik aufhörte, solche Vorgaben zu machen, auch wenn man sich einig sein müsse, daß der Landwirt eine Grundförderung über die Gesellschaft bekommen müsse, zumindest mittelfristig, um die Landwirtschaft aufrecht erhalten zu können. Im übrigen könnte der Landwirt dann für sich entscheiden, was für seine Fläche der beste Anbau sei, und dann würden sicherlich auch solche Dinge aufhören, daß beispielsweise in der Eider-Treene-Sorge-Niederung Moorböden für den Maisanbau umgebrochen würden. Diesem so geschilderten breiten Ziel der Ökologisierung der Landwirtschaft rede der BUND das Wort.

Herr Dr. Hans-Georg Starck macht ergänzend eine wissenschaftliche Berechnung für den ökologischen Landbau am Stickstoffaustrag auf und erinnert an den sparsamen Einsatz von Pestiziden als ökologischen Vorteil.

Der Interpretation von Abg. Dr. Christel Happach-Kasan, aus den Ausführungen des Vertreters der ABL eine Ablehnung der Agenda 2000 entnehmen zu müssen, hält Herr Bernd Voß

entgegen, daß es der ABL um das Einbringen konstruktiver Vorschläge für die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft gehe.

Dr. Starck fordert das Land auf, die eigenen Entscheidungsmöglichkeiten für die Entwicklung des ländlichen Raumes verstärkt zu nutzen, um die zu erwartenden Nachteile der Agenda 2000 auszugleichen.

Herr Dr. Nehls bittet, sich Gedanken darüber zu machen, ob man die Agrarpolitik nicht insgesamt so ausrichten sollte, daß den Landwirten weitgehend ermöglicht werde, nicht nur Getreide oder Milch zu produzieren, sondern auch die zusätzlichen Werte einer arten- und strukturreichen Kulturlandschaft zu pflegen, wie es von der Gesellschaft eingefordert werde.

Abg. Detlef Matthiessen warnt davor, durch die Ausrichtung der Agrarwirtschaft auf ein rein betriebswirtschaftliches Denken die Ökologie „plattzumachen“ und eine Großstruktur ohne Arbeitsplätze zu kreieren. Deshalb vertrete die EU ja auch bewußt die Einbindung ökologischer Strukturen und Kriterien. Vor diesem Hintergrund müsse beispielsweise auch die Knickpflege betrachtet werden.

Herr Dr. Georg Nehls sieht drei Ausgleichsmöglichkeiten bei der Knickproblematik.

Erstens könnte man solche Strukturen in die Flächenberechnung mit aufnehmen; Stichwort: Bruttoflächenberechnung. Dadurch entfielen ein gewisser Anreiz, die Knicks zu beseitigen.

Zweitens könnte bei der Gewährung von Prämien für Knicks ein bestimmter Mindestflächenanteil vorgeschrieben werden, wie beispielsweise in der Schweiz, wo bei der Prämiengewährung für den integrierten Landbau die Betriebe mindestens 5 % ungenutzter Strukturen aufweisen müßten.

Ein weiterer Weg sei drittens der, daß dann, wenn eine Knickpflege erfolgen solle, die ja nicht vorgeschrieben sei, diese vom Agrarumweltprogramm finanziert werden könnte. In Großbritannien nehme diese Struktur einen breiten Raum bei den Agrarumweltprogrammen ein.

Herr Bernd Voß ergänzt, daß die Knickpflege eventuell auch unter dem Blickwinkel der nachwachsenden Rohstoffe gesehen werden könnte.

Vereinigung der IHKs

Herrn Winfried Berweger

hierzu: Umdruck 14/2633

Herr Winfried Berweger faßt die Stellungnahme der IHKs aus dem Umdruck 14/2633 zusammen und verweist dabei gleichzeitig auf die beigefügte Stellungnahme des DIHT. Er fügt hinzu, daß sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Position der IHKs durchaus im Einklang mit der Position des Landeswirtschaftsministeriums hinsichtlich der bisher postulierten Eckpunkte der zukünftigen Wirtschaftsförderung befinde. Es gebe hierzu einen Bericht der Landesregierung über das Regionalprogramm 2000 als Dach der zukünftigen regionalen Wirtschaftsförderung. Dort seien die Ziele klar umrissen. Dazu bedürfe es allerdings auch noch einiger Klarstellungen, zu der die Kammern durchaus noch Fragen angemeldet hätten. Es seien dies die folgenden:

1. Welche Regionen sollen gebildet werden?

Die Forderung nach regionalen Entwicklungskonzepten für integrierte Regionalförderung oder Regionalentwicklung und regionale Leitprojekte setze das Vorliegen klar abgegrenzter Regionen voraus. Zu fragen sei, an welchem Leitbild sich beispielsweise Projekte in Ostholstein orientieren sollen: an dem Leitbild für den Arbeitsmarkt und die GA-Region Lübeck oder an dem Leitbild für die ländliche Region Ostholstein/Plön, wie es das bisherige Regionalprogramm Schleswig-Holstein für den ländlichen Raum vorsehe.

2. Sind auch für die bisherigen GA-Regionen regionale Beiräte zu bilden?

3. Welche Bedeutung wird die IMAG im Verhältnis zur angestrebten Partizipation der regionalen Akteure unter Einschluß der Sozialpartner beim Auswahlverfahren dieser Projekte haben?

4. Gewichtung der Infrastrukturvorhaben in Stadt und Land.

Welche Bedeutung wird in einer durch Stadt und Land gebildeten Region - die zukünftigen Ziel-2-Gebiete - noch den ländlichen Infrastrukturvorhaben zukommen, wenn angesichts des primären Wachstums- und Beschäftigungsziels eine höchstmögliche Effizienz angestrebt werden muß?

5. Gewichtung von Projekten der materiellen gegenüber jenen der immateriellen Strukturförderung.
6. Verbleiben die Landesmittel für die Region IV wie bisher oder wird dieses Programm ein reines Kofinanzierungsprogramm im Rahmen der EU- und der GA-Förderung?

Zu all diesen Fragen, so betont Herr Berweger, erwarteten die Industrie- und Handelskammern von der Landesregierung eine Antwort. Man gehe davon aus, diese auch zu bekommen, weil man in der Regionalförderungsproblematik bisher stets gut zusammengearbeitet habe.

Abg. Brita Schmitz-Hübsch interpretiert in der sich anschließenden Diskussion diese vorgetragene Fragestellung der IHKs dahin, daß man Sorge dafür tragen müsse, das Ziel-5b-Gebiet nicht in einem Ziel-2-Gebiet untergehen zu lassen, wenn man den ländlichen Raum nicht benachteiligen wolle.

Herr Berweger kann eine Benachteiligung des ländlichen Raumes auch in einem neuen Ziel-2 nicht sehen. Schon bisher habe man im Programm ländlicher Raum das Nebeneinander von Stadt und Land gehabt. Auch heute schon trage die Kammer ländliche Projekte wie beispielsweise das Eider-Treene-Sorge-Projekt mit, weil darin auch der Tourismus eine große Rolle spiele.

Im übrigen gebe es auch andere übergreifende Leitprojekte, wie beispielsweise in Flensburg, die die Kammern unterstützten. Die IHK sehe diese Programme als Programme sowohl für den ländlichen als auch für den städtischen Bereich an. Insofern sehe man dieses jetzt von Abg. Schmitz-Hübsch aufgezeigte Spannungsverhältnis nicht, zumindest solange nicht, als die Mittel nicht übermäßig stark gekürzt würden.

Zur Frage der Abg. Sabine Schröder nach den Chancen von Innovation und Bildungsförderung im Rahmen der neuen Ziel-2-Gebietsvorstellungen verweist Herr Berweger auf die Schwierigkeiten der Meinungsbildung und der Kooperation schon innerhalb der heute bestehenden Regionen.

Ostsee-Akademie

Dr. Dietmar Albrecht

hierzu: Umdruck 14/2632

Herr Dr. Dietmar Albrecht bezeichnet sich als Vertreter einer Einrichtung, die sich vor allen Dingen mit den nordischen Nachbarn und den ostmitteleuropäischen Nachbarn beschäftigt und faßt seinen Eindruck über die Anhörung dahin zusammen, daß die Diskussion sehr defensiv verlaufen sei. Dies könne er verstehen für Länder wie Hessen, Thüringen oder Bayern. Aber für ein Land wie Schleswig-Holstein, das von der Erweiterung nach Osten und nach Nordosten so gewaltig profitieren könne, erscheine ihm die Konzentration auf den Schutz der bestehenden, etablierten Interessen fragwürdig. Das bringe seiner Meinung nach die Gefahr mit sich, daß Schleswig-Holstein noch weiter ins Hintertreffen gerate.

Wenn man sich die Dynamik in einem Randstaat wie Finnland ansehe, das sehr gelitten habe unter dem Zusammenbruch der Sowjetunion, was den Markt anbetreffe, und das die Chancen der Erweiterung des Beitritts nun nutze, oder wenn man sich die Dynamik der Öresund-Region ansehe, von der Schleswig-Holstein abhängen werde, dann werde ihm nach dieser Anhörung etwas bang zu mute.

Erst bei der Diskussion mit dem Vertreter der IHKs seien die Aspekte der Bildung, des menschlichen Faktors angedeutet worden, und das sei das, was er als Nichtfachmann für Agrarpolitik mit seinem Votum einbringen wolle. Ihm scheine, daß die Agenda 2000 weniger auf die Wahrung von Besitzstand ausgerichtet sei, als auf die Vorbereitung der Europäischen Union auf die Erweiterung. Es sei zu fragen, was getan werden müsse, um die Erweiterung auch finanziell verkraften zu können. Diese Erweiterung werde Geld kosten, und der Geldrahmen werde sich nicht erweitern.

Es habe sich herausgestellt, daß Deutschland von der europäischen Einigung am meisten profitiert habe, und er halte gern die Nettozahlungssumme von 22 Milliarden DM dem Außenhandelsüberschuß des letzten Jahres entgegen, der fast 150 Milliarden DM betragen habe. Dies sei der Profit, den die europäische Einigung gebracht habe, und damit gerate alles andere in ein etwas günstigeres Licht.

Die Einigung nach Osten werde, wie gesagt, Geld kosten. Aber man könne und wolle dafür auch nicht mehr Geld als bisher ausgeben. Er, Dr. Albrecht, hätte gern Menschen aus Polen,

Tschechien, Ungarn und auch aus den baltischen Staaten aber auch aus der Ukraine oder Rußland beziehungsweise aus der Königsberger Region in der Diskussion dabei gehabt, wenn es darum gehe, die Interessen der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft zu vertreten.

In die interessengebundene Politik wolle er sich allerdings durchaus einordnen; denn Politik hänge vom Votum des Wählers ab, und dieser orientiere sich eben weitgehend an dem, was in seiner Tasche sei. Es sei im Interesse Schleswig-Holsteins, die Erweiterung nicht nur um Polen, sondern auch um die baltischen Staaten zu begünstigen und nach Kräften dazu beizutragen, daß sie funktioniere, und zwar eher früher als später.

Die Wirtschaft im Lande Schleswig-Holstein könnte davon profitieren; ob sie allerdings noch in der Lage sei, davon zu profitieren, bezweifle er ein wenig, wenn er die Entwicklung verfolge und das Echo auf das Angebot an Unternehmer ansehe, die Chancen des Kennenlernens in Ostmitteleuropa zu nutzen.

Er verstehe, daß die Landwirtschaft größte Bedenken habe, etwa noch den Landwirten in Polen bei ihrem Eintritt in die Europäische Union zu helfen. Aber er verstehe manchmal die Interessen der Naturschutzverbände und verwandter Einrichtungen nicht ganz. Denn es gehe einerseits in den EU-Ländern um eine Verfeinerung ökologischen Schutzes, und in den neuen Beitrittsländern seien andererseits noch nicht einmal die Grundbedingungen für die Ökologie gesichert; Stichwort Kläranlagen.

Noch gehe jedes Abwasser aus Polen ungeklärt in die Ostsee, ganz zu schweigen von Riga oder Petersburg. Das seien Probleme, bei denen man im Vergleich in Deutschland auf die biologische Stufe verzichten könnte, um dort zunächst die mechanische Stufe überhaupt zum Funktionieren zu bringen.

Vor diesem Hintergrund sehe er aus seiner Erfahrung als Leiter der Ostsee-Akademie die Frage, was das Land Schleswig-Holstein tun könne. „Marx werde im Augenblick in Ostmitteleuropa auf die Füße gestellt“. Nicht die Wirtschaft sei die Basis, sondern das menschliche Bewußtsein und das kulturelle Umfeld stünden im Mittelpunkt. Wenn sich dieses nicht verändere, könne man die wirtschaftliche Entwicklung vergessen.

Die Investitionen in diesen Faktor Menschen seien relativ billig, und da könne das Land Schleswig-Holstein auch mit sehr bescheidenen Mitteln investieren, um die Begegnung und das Kennenlernen untereinander zu fördern. Er meine damit das fachlich orientierte Kennenlernen,

wie es beispielsweise schon mit den Praktikanten in der Landwirtschaft geschehe. Das allerdings müsse mehr werden.

Ähnliches gelte auch für den ganzen Bereich der Lokalität und der Regionalität Ostmitteleuropas. Man könne sich noch soviel Mühe geben, Investitionen anzufahren, wenn der Mensch vor Ort nicht in der Lage sei, überhaupt wirtschaftlich zu denken und zu handeln, weil er sich in erster Linie unsicher fühle - dort habe es ja 40 Jahre große Unsicherheit gegeben - und weil er fachlich technisch nicht in der Lage sei, diesen Herausforderungen gerecht zu werden, müsse man vom Westen aus in diesem Punkt etwas ändern.

Das Bewußtsein des Westens in Richtung Osten ändere sich allerdings erst ganz allmählich. Es gebe dort viele Millionen Menschen, die in ganz neuen Regionen lebten, mit denen ihr Volk, ihr kulturelles Bewußtsein und ihre Tradition überhaupt nicht vertraut seien.

Am krassesten sei dies zu beobachten in der Oblast Kaliningrad, aber auch in Nord- und Westpolen. Und es gelte auch für die baltischen Staaten mit den großen sowjetischen Minderheiten, die dort nicht heimisch seien. Deshalb fielen sie auch als Wirtschaftsfaktor aus, weil sie gar kein Interesse hätten und auch nicht haben könnten, in ihre neue Region zu investieren. Sie seien darüber hinaus auch nicht in der Lage, demokratisch, politisch Mitverantwortung zu tragen, wenn sie es überhaupt gestattet bekämen, was für eine große Minderheit in den baltischen Staaten bis heute ja noch nicht der Fall sei.

In dieser Lage müßten die Menschen versetzt werden und dazu müsse der Westen beitragen. Hier sei sein Plädoyer: Bei allen Bedenken, die subjektiv allzu verständlich seien, bitte er, nicht zu vergessen, das Augenmerk auf die eben geschilderten Probleme zu lenken. Deutschland werde - das wolle er wiederholen - politisch und wirtschaftlich von der Erweiterung der EU nach Osten profitieren, wenn man nur allein an die Reduzierung der militärischen Kosten denke. Leider werde immer zu rasch vergessen, wie sich die Lage in Gesamtdeutschland enorm verbessert habe. Man habe profitiert und die Wirtschaft werde auch in Zukunft durch den Export nach Nordosteuropa enorm profitieren. Das könne man heute vor Ort durchaus schon beobachten. So werde beispielsweise in Litauen deutsches Mineralwasser angeboten oder auch holländische Tomaten stünden zum Verkauf. Hier also hätte der Export von Westeuropa nach dem Osten enorm profitiert, wobei gleichzeitig die subventionierten Exporte nach Osteuropa zunächst die dortige Landwirtschaft zerstört hätten. Nun versuchten diese Länder mühsam, dieses Defizit wieder wettzumachen.

Als Fazit sei festzustellen, daß das Land Schleswig-Holstein schon mit wenigen hunderttausend Mark etwas in die partnerschaftliche Vorbereitung, wie es in der Agenda heiße, der Ostländer auf den Beitritt in die EU investieren könnte. Das sei möglich, denn es stünden Institutionen im Lande bereit, die dies tragen könnten. Und das sollte dann auch subsidiär und nicht auf staatlicher Basis erfolgen. Das wäre effektiver.

Herr Dr. Albrecht schließt seinen Vortrag mit dem Hinweis ab, daß einerseits in der Europäischen Gemeinschaft genügend Mittel auch für diese menschlichen Dimensionen bereitstehen. Aber für kleinere Einrichtungen, die dieses in Schleswig-Holstein ausführen könnten, sei es andererseits unmöglich, mit der europäischen Bürokratie Schritt zu halten. Seine Einrichtung beispielsweise habe resigniert. Das Land habe etwas unternommen, um Beratung bereitzustellen. Er selbst sei erst einmal nicht mehr bereit, europäische Mittel zu beantragen, weil es nahezu unmöglich sei, mit seinem kleinen Apparat den Anforderungen gerecht zu werden, so reichlich diese Mittel in den verschiedenen Programmen auch angeboten würden.

Abg. Dr. Christel Happach-Kasan zeigt sich betroffen, über die von dem Akademiedirektor geschilderten Schwierigkeiten, EU-Mittel zu beantragen, und bittet, nach Möglichkeiten zu suchen, wie die Landesregierung hier Abhilfe schaffen könnte. Herr Dr. Albrecht schildert anhand der Organisation einer Kaliningrad-Konferenz in seinem Hause im Jahre 1996 die bürokratischen und organisatorischen Schwierigkeiten und spricht die Hoffnung aus, daß über die Investitionsbank Ansätze der Hilfe durch das neugeschaffene Beratungsbüro erwartet werden könnten. Herr Dr. Hans-Georg Starck bestätigt die von Dr. Albrecht geschilderten Schwierigkeiten aus eigenen Erfahrungen und macht im übrigen auf die ambivalente Haltung der einzelnen Betroffenen in den MOE-Ländern aufmerksam, die bezüglich der Chancen und Risiken beim EU-Eintritt doch noch große Ängste hätten.

Der Vorsitzende schließt die Anhörung um 13:25 Uhr mit einem Dank an die angehörten Verbands- und Organisationsvertreter und drückt die Überzeugung aus, daß auch dann, wenn die Anhörung keine Wirkung auf die Brüsseler Beschlüsse haben könne, sie doch dabei beitragen werde, sich auf die Konsequenzen einzustellen.

gez. Claus Hopp
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin